

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

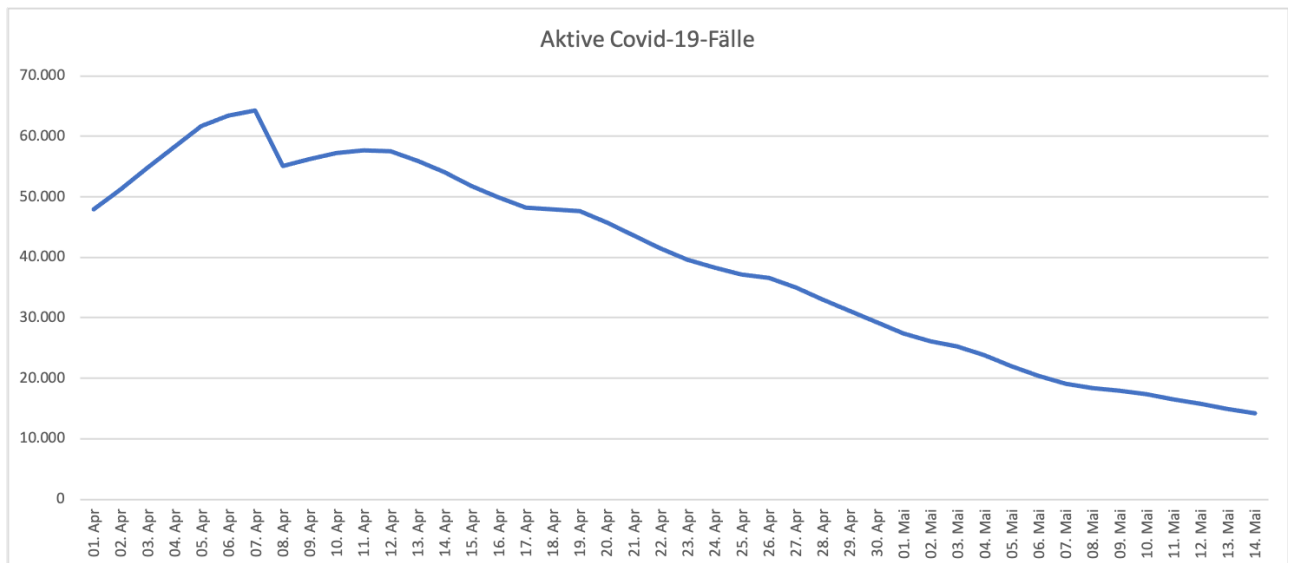
Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Aktiv bestätigte Covid-19-Fälle in Deutschland](#)
2. [Übersterblichkeit in Seine-Saint-Denis](#)
3. [Studie geht von 2,3 Millionen Infizierten in Spanien aus](#)
4. ["Wir haben die Menschen alleine sterben lassen"](#)
5. [Datenerfassung von Gesunden: Lambrecht gegen Kelber](#)
6. [Bundesregierung erleichtert Grenzverkehr](#)
7. [Die Lufthansa hat aufgedeckt, welche ihrer Tochterfirmen in Steueroasen sitzen:](#)
8. [Coronavirus in Schlachthöfen](#)
9. [Globale Waffenruhe oder Krieg? Donald Trump entscheidet sich für: Krieg.](#)
10. [Corona als Waffe von Terroristen](#)
11. [Die "Politik der Großzügigkeit"](#)
12. [Tarifbindung geht in Westdeutschland weiter zurück](#)
13. [Niedriglohnbeschäftigung 2018 - Erstmals Rückgang, aber nicht für gering Qualifizierte und Minijobber*innen](#)
14. [Unwucht bei der Rente](#)
15. [Afrikas Kampf gegen Corona lässt andere Krankheiten wiederkehren](#)
16. [Was will Washington mit Schuldzuschiebung auf China verheimlichen?](#)
17. [Kabarettist Christoph Sieber: „Für mich kommt ein Auftritt vor Autos nicht in Frage“](#)
18. [Zu guter Letzt: No comment](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Aktiv bestätigte Covid-19-Fälle in Deutschland**



Die Zahl der aktiv am Coronavirus erkrankten und positiv getesteten Bürger in Deutschland sank um 756 auf 14.216, wie Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) für Infektionskrankheiten zeigen. Die Zahl der genesenen Bürger stieg binnen 24 Stunden um 1.600 auf 150.300.“

Hintergrund: [Corona-Zahlen - warum reden wir nicht von den „aktiv Erkrankten“?](#)

2. Übersterblichkeit in Seine-Saint-Denis

Corona-Zwischenbilanz: Die "benachteiligten Viertel" waren besonders betroffen
Das Sars-CoV-2-Virus hat nicht alle gleichermaßen böse erwischt; es zeigen sich soziale Unterschiede, wie eine Zwischenbilanz aus Frankreich bestätigt: Die "benachteiligten Viertel" waren besonders betroffen.

In Vorstädten und Wohngegenden der Ärmeren im Großraum Paris, der Region Île-de-France, wurde eine Übersterblichkeit festgestellt, die andere Regionen übertraf. Es gibt zwei Regionen in Frankreich, deren Infektionszahlen auffallen. Das ist einmal die Region Grande Est (Großer Osten), an der Grenze zu Deutschland, und zum anderen Île de France. Bei der Region Grand Est liegt der Anteil der Infizierten laut einer Übersicht vom gestrigen Montag bei 11,8 Prozent. Beim Ballungsraum Paris (Île-de-France) liegt er bei 12,8 Prozent und hat damit den höchsten Anteil (die anderen Regionen liegen bei Anteilen unter 6,4 Prozent).

Frappierend sind die Zahlen zur Übersterblichkeit. Sie erreichte ihren Gipfel in der Woche vom 30. März zum 5. April. Da betrug sie 221 Prozent. Ende April sank sie auf 53 Prozent. Besonders fiel das Département Seine-Saint-Denis mit einer Übersterblichkeit von fast 300 Prozent Ende März auf. Das Département mit der

Ordnungsnummer 93 ist für seine vielen Problemzonen und Unruhen, die von dort ausgingen, nicht nur in Frankreich bekannt, insbesondere Clichy-sous-Bois (siehe: 11. Nacht: 1408 verbrannte Autos und Die Zeitbombe in den Vorstädten).

Quelle: [Telepolis](#)

3. Studie geht von 2,3 Millionen Infizierten in Spanien aus

Fünf Prozent der spanischen Bevölkerung könnten sich mit dem Coronavirus angesteckt haben. Eine Studie mit Antikörpertests wird aktuell fortgesetzt. Doch auch diese Methode liefert keine exakten Ergebnisse. (...)

Offiziell lag die Zahl der mit dem Virus infizierten Spanier am Mittwoch bei knapp 229.000. Jedoch gilt die Zahl nicht als repräsentativ, weil die Tests größtenteils bei Erkrankten mit starken Symptomen oder Mitarbeitern des Gesundheitssektors durchgeführt wurden.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

***Anmerkung Jens Berger:** Den interessantesten Aspekt, der sich aus dieser Studie ergibt, erwähnt der SPIEGEL natürlich mal wieder nicht. Wenn die Zahl der Infizierten 10mal so hoch ist, ist auch automatisch die Fallsterblichkeit 10mal niedrig. Für Spanien ergibt dies dann eine - natürlich immer noch extrem hohe - Fallsterblichkeit von 1,2%. [Vergleichbare Studien aus New York](#) kamen übrigens zu einem sehr ähnlichen Ergebnis - auch hier lag die ermittelte Infektionszahl zehnmal so hoch wie die Zahl der positiv Getesteten. Die deutsche Heinsberg-Studie kam übrigens „nur“ auf eine Dunkelziffer, die fünfmal so hoch wie die offizielle Ziffer [lag](#), jedoch wurde im Kreis Heinsberg auch ungewöhnlich häufig getestet, weshalb dieses Ergebnis sicherlich nicht repräsentativ ist. Eine vergleichbare [Studie aus Österreich](#) kam jedoch auf ein viel niedrigeres Ergebnis - hier betrug der Faktor der Dunkelziffer lediglich das Dreifache. Man kann also die Zahlen aus Spanien und New York - beide extrem befallen - nicht ohne weiteres auf andere Länder oder Regionen übertragen. Interessant sind diese Daten jedoch allemal und es ist vollkommen unverständlich, warum es in Deutschland keine groß angelegten Stichprobenstudien mit Antikörpertests gibt. Auch hier versagt das RKI auf epische Art und Weise.*

4. “Wir haben die Menschen alleine sterben lassen”

Politische Entscheidungen können in Zeiten von Corona Menschenleben kosten. Was macht das mit den Entscheidern? Ein Gespräch mit Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) über durchwachte Nächte, gemachte Fehler und die Versuchung, Gott zu spielen [...]

Frage: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sagte kürzlich, die Würde des Menschen ist unantastbar. Aber das schließe nicht aus, dass Menschen sterben

müssen. Deshalb könne es keinen absoluten Schutz des Lebens geben.

Ramelow: Das war ein kluger und richtiger Satz, für den Schäuble aus mir unverständlichen Gründen kritisiert wurde. Meine Frau etwa verzweifelt schier, ihre Mutter in Italien nicht besuchen zu können, sollte ihr etwas geschehen. Es geht in der Tat nicht nur um den Schutz des Lebens. Wir müssen auch mehr über Würde reden. Zur Wahrheit gehört: Wir haben Menschen in den vergangenen Wochen allein sterben lassen, ohne Begleitung, ohne Trost. Das war würdelos, auch wenn es uns alternativlos erschien.

Quelle: [Zeit Online](#)

5. **Datenerfassung von Gesunden: Lambrecht gegen Kelber**

Gegen den Widerstand des Bundesdatenschutzbeauftragten Kelber soll die Meldepflicht für Nicht-Infizierte im Eiltempo durchs Parlament gebracht werden. Jetzt könnte auch die Justizministerin in Erklärungsnot geraten

Noch immer nimmt die Öffentlichkeit keine Notiz von den Grundrechtseingriffen, die Gesundheitsminister Spahn im Eiltempo durchs Parlament zu bringen versucht. Im Streit um die geplante Meldepflicht für Nicht-Infizierte muss sich jetzt auch Justizministerin Lambrecht (SPD) kritische Fragen gefallen lassen. Dabei hatte sie kürzlich erst in einem FAZ-Gastbeitrag die Bürger hinsichtlich der Befürchtung, "wir könnten Zeugen des Abdankens liberaler Rechtsstaatlichkeit werden", zu beruhigen versucht. Aber der Reihe nach:

Der Entwurf eines zweiten Pandemiegesetzes (Spahn will auch Daten von Nicht-Infizierten) sieht erhebliche Eingriffe in das Grundrecht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung vor. Für Empörung sorgt insbesondere folgende Regelung: Künftig sollen auch nicht-infizierte Bürger nach erfolgter negativer Testung (PCR-Test oder Antikörpertest) auf SARS-CoV und SARS-CoV-2 gemeldet werden müssen, und zwar unter Angabe einer Vielzahl personenbezogener Daten wie Geschlecht, Geburtsmonat, Geburtsjahr, Wohnort, Untersuchungsbefunde und Grund der Untersuchung. Pseudonymisiert werden Name und Geburtstag.

In aller Deutlichkeit hat der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber die Unverhältnismäßigkeit eines solchen Grundrechtseingriffs herausgestellt:

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite [PDF]

Quelle: [Bundestag](#)

6. **Bundesregierung erleichtert Grenzverkehr**

Die Bundesregierung verfolge das Ziel, ab Mitte Juni wieder zu einem „freien

Reiseverkehr in Europa“ zurückzukehren, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am Mittwoch nach einer Kabinettsitzung in Berlin. Die Regierung habe dafür mit Frankreich, der Schweiz und Österreich ein abgestuftes Verfahren vereinbart.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung Christian Reimann: Diese - und auch andere - Maßnahmen der Lockerung verdeutlichen: Es ist wesentlich einfacher und leichter, eine Notsituation auszurufen als wieder in den üblichen (vorherigen) Zustand zurückzukehren. Vergeblich ist bei der Begründung für die lediglich gebremste Öffnung der Grenzen die Suche nach einer medizinischen Indikation. Das könnte darauf hindeuten, dass die Schließung der Grenzen lediglich politisch motiviert, jedoch medizinisch bzw. gesundheitlich nicht notwendig gewesen ist.

7. Die Lufthansa hat aufgedeckt, welche ihrer Tochterfirmen in Steueroasen sitzen

Hunderte Mitarbeiter in Panama, Guam, auf den Cayman Inseln und andern Ländern der Karibik. Die Erklärung der Lufthansa dazu liest sich wie ein schlechter Witz: “Selbstverständlich werden in allen Ländern, in denen der Lufthansa Konzern tätig ist, die nationalen und internationalen Rechts- und Steuervorschriften beachtet.”

Das Problem der Steuervermeidung ist ja eben, dass sie legal ist und der Staat nichts dagegen unternimmt, wenn er von Konzernen und Superreichen um Milliarden betrogen wird.

Oft sind es auch noch die Steuervermeider, die obendrein Steuergeschenke erhalten - und die anderen Steuerzahler werden so doppelt ausgenommen.

Dass die Lufthansa nun wenigstens aufdecken musste, wie sie an Steuervermeidung beteiligt ist, darf nur ein Anfang sein: Wenn sie aus Staatsgeldern gerettet werden soll, muss sichergestellt werden, dass sie sich in Zukunft ihrer Verantwortung in Deutschland nicht wieder entzieht.

Gleiches muss auch für andere Unternehmen gelten: Keine Staatshilfen, die ihre Gewinne in Steueroasen verschieben oder Dividenden an Aktionäre ausschütten! Wer in der Not von der Gesellschaft gerettet werden möchte, darf sich in den guten Zeiten nicht um den eigenen Beitrag zum Gemeinwohl drücken!

Quelle: [Sahra Wagenknecht via Facebook](#)

8. Coronavirus in Schlachthöfen

Bundesregierung will in der Fleischindustrie “aufräumen”

Berichte über Missstände in deutschen Schlachthöfen gibt es seit Jahren. Mit der steigenden Zahl von Corona-Infektionen in den Betrieben wird die Politik aktiv.

Die Bundesregierung hat der Fleischindustrie angesichts von prekären

Arbeitsbedingungen und einer steigenden Zahl von Coronavirus-Infektionen in Schlachtbetrieben rechtliche Konsequenzen in Aussicht gestellt. "Wir werden aufräumen mit diesen Verhältnissen", sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Bundestag.

Quelle: [Zeit Online](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Merkel spricht von "erschreckenden Nachrichten", obwohl die grauenhaften Zustände seit mindestens 10 Jahren bekannt sind. Heil will "nicht weiter zugucken, wie Menschen [...] ausgebeutet werden", nachdem er das nicht nur die letzten Jahrzehnte problemlos gemacht, sondern die Ausbeutung durch Hartz IV, Leiharbeit und Werkverträge seit jeher (mindestens seit der Agenda 2010, [hier](#) und [hier](#)) aktiv befürwortet hat. Versuchte Volksverdummung im Quadrat. Heil will also "über die [...] weit verbreiteten Werksvertragskonstruktionen nach[denken]" und "aufräumen" - hmmm hmm. Zeit wäre es seit vielen Jahren, aber nichts wird sich ändern, und der aktuelle Grund für die Aufregung waren eben nicht die schon immer katastrophalen Verhältnisse, sondern dass diese Arbeiter sich blöderweise angesteckt haben und zur Gefahr für die Gastgebergesellschaft (kann man das so sagen?) geworden sind.*

9. **Globale Waffenruhe oder Krieg? Donald Trump entscheidet sich für: Krieg.**

Am Freitag beerdigte die Trump-Administration eine über Wochen verhandelte UN-Resolution, die zu einer globalen Waffenruhe aufgerufen hätte. Im Kleinkrieg Trumps gegen China im Rahmen der Corona-Pandemie sind dem US-Präsidenten Nuancen in Formulierungen wichtiger als das weltweite Schweigen der Waffen.

Quelle: [Justice Now](#)

10. **Corona als Waffe von Terroristen**

Die Verunsicherung durch Covid-19 könnte neue Formen des Terrorismus hervorbringen. Davor warnt eine Analyse des Antiterrorkoordinators der EU, die ZEIT ONLINE vorliegt. (...)

Jedoch bestehe in einer Krise wie der derzeitigen Pandemie die Gefahr, dass Extremisten sie für ihre Zwecke nutzten. Extremisten könnten die "Besorgnis über eine vermeintliche Übermacht der Regierung" oder die Angst vor neuer Technik wie eben 5G schüren, um gewalttätigen Aktivismus zu provozieren.

Daher sei es wichtig, "die terroristischen Reaktionen auf die derzeitige Pandemie zu beobachten und zu analysieren". Gilles de Kerchove sieht auch bereits Anzeichen dafür, dass islamistische, rechts- und linksextreme Gruppen Corona einsetzen, um ihre Anhänger aufzustacheln.

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung Jens Berger: *Die EU will die Kompetenzen der Geheimdienste stärken, weil verwirrte Extremisten, 5G-Masten sprengen könnten, die sie für Verbreiter des Corona-Virus halten? Manchmal frage ich mich, wer hier die Verschwörungstheoretiker sind. Diese Meldung ist derart konfus, dass einem die Spuke wegbleibt.*

11. **Die “Politik der Großzügigkeit”**

Die Westbalkanstaaten, darunter Serbien, sollen der EU für ihre Unterstützung im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie öffentlich Dankbarkeit bekunden. Dies fordert die Union in der Abschlusserklärung zu ihrem Zagreber Westbalkangipfel vom vergangenen Mittwoch. Vorausgegangen war scharfe Kritik an chinesischen Hilfslieferungen nach Serbien, die in Berlin und Brüssel auf heftigen Unmut gestoßen waren; der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hatte Beijing einen “Kampf um Einfluss” mit einer “Politik der Großzügigkeit” vorgeworfen. Hintergrund ist, dass Deutschland und die EU sich seit Jahren bemühen, die stärker werdende Stellung anderer Mächte in den Nicht-EU-Staaten Südosteuropas zu bekämpfen; das betrifft kulturpolitische, militärpolitische und ökonomische Aktivitäten der Türkei, Russlands und Chinas. Ursache dafür ist, dass die EU zwar seit Jahren die Ökonomie der Westbalkanstaaten dominiert, dass dies dort aber nur zum Abfluss von Milliardensummen führt und den Aufschwung der betroffenen Länder unmöglich macht. Diese wenden sich unter anderem China zu.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

12. **Tarifbindung geht in Westdeutschland weiter zurück**

Tarifverträge bieten Arbeitnehmern wie Arbeitgebern einen institutionellen Rahmen für die Verhandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Die Tarifbindung der Betriebe und damit ihre Bedeutung für die Beschäftigten ging im Jahr 2019 in Westdeutschland weiter zurück. In Ostdeutschland hat sich die Tarifbindung in den letzten Jahren kaum verändert, sie liegt hier aber auf einem deutlich niedrigeren Niveau. (...)

Im Jahr 2019 arbeiteten hochgerechnet rund 46 Prozent der westdeutschen und etwa 34 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten in einem Betrieb, der einem Branchentarifvertrag unterlag. Firmentarifverträge galten für 7 Prozent der westdeutschen und 11 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten.

Für rund 47 Prozent der westdeutschen und 55 Prozent der ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gab es 2019 keinen Tarifvertrag. Gut die Hälfte dieser Beschäftigten in Westdeutschland und etwa 43 Prozent in Ostdeutschland arbeiteten in Betrieben, die sich nach eigenen Angaben an einem Branchentarifvertrag orientierten (siehe Tabelle 1). (...)

Das Ausmaß der Tarifbindung variiert je nach Wirtschaftszweig stark. Im Bereich Energie/Wasser/Abfall und Bergbau, im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung sind überdurchschnittlich viele Betriebe an einen Branchen- oder Haustarif gebunden. In diesen Branchen liegt der Anteil der Beschäftigten, die in tarifgebundenen Betrieben arbeiten, weit über dem Durchschnitt, ebenso bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Gegensatz hierzu spielen Branchentarifverträge im Bereich der Information und Kommunikation eine geringe Rolle (siehe Tabelle 3 und 4 in „Daten zur Tarifbindung und betrieblichen Interessenvertretung“).

Quelle: [IAB-Forum](#)

dazu: Immer weniger Arbeitnehmer in der Kernzone des dualen Systems: Die Erosion der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung über Betriebsräte geht weiter

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

13. **Niedriglohnbeschäftigung 2018 - Erstmals Rückgang, aber nicht für gering Qualifizierte und Minijobber*innen**

Auf den Punkt ...

- Trotz der Lohnerhöhungen am unteren Rand der Lohnverteilung durch Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Januar 2015 stagnierte der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten bis 2017 auf einem im Vergleich der EU-Länder besonders hohen Niveau.
- Im Jahr 2018 ging der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland erstmals seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurück auf 21,8%. Das Niedriglohnrisiko ist vor allem in Ostdeutschland gesunken, während es sich in Westdeutschland kaum verändert hat.
- Vom gesetzlichen Mindestlohn besonders profitiert haben Gruppen mit einem überdurchschnittlich hohen Niedriglohnrisiko (Frauen, Jüngere und Ältere, Ausländer*innen und befristet Beschäftigte). Die Stundenlöhne von gering Qualifizierten und Minijobber*innen liegen hingegen weiterhin meist deutlich unterhalb der Niedriglohnschwelle.
- Eine Besonderheit der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland besteht weiterhin darin, dass von Niedriglöhnen in hohem Maße auch Kerngruppen der

Beschäftigten betroffen sind: Fast drei Viertel der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss und gut 40% sind Vollzeitbeschäftigte.

Quelle: [IAQ-Report](#)

Anmerkung Christian Reimann: Den vollständigen, 22-seitigen Bericht können Sie [hier herunterladen und nachlesen](#).

14. Unwucht bei der Rente

Ökonomen werfen Sozialminister Heil vor, er habe unbemerkt an einer wichtigen Schraube des Rentensystems gedreht. Die Folge: Die Wirtschaftskrise treffe nun vor allem Arbeitnehmer – und schon Rentner.

Quelle: [Süddeutsche](#)

Anmerkung André Tautenhahn: Die Kampagne gegen die gesetzliche Rente geht weiter. Ankläger sind die üblichen Verdächtigen Börsch-Supan und Rürup, die als honorare Professoren und nicht als Lobbyisten präsentiert werden. So wurde auch gestern im Bundestag die Kanzlerin danach befragt, ob ihr dieser Bericht aus der Süddeutschen zum sogenannten Nachholfaktor bekannt sei und die Tatsache, dass der Arbeitsminister Regierung und Öffentlichkeit in einer heimlichen Aktion hintergangen habe. Immerhin wunderte sich die Kanzlerin ein wenig darüber, dass den „Rentenexperten“ erst jetzt, kurz vor der turnusmäßigen Erhöhung der Renten, plötzlich eine Unwucht im System auffalle, die bereits seit 2018 existieren soll.

Der Vorgang passt wiederum zu der Debatte um die Grundrente, deren Einführung weiterhin auf der Kippe steht. So hat der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus ausrichten lassen:

Brinkhaus: Keine Aussicht auf schnelle Verabschiedung der Grundrente

Bevor es keine seriöse Finanzierung gebe, werde die notwendige zweite und dritte Lesung im Parlament nicht angesetzt, sagte Brinkhaus am Dienstag vor einer Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag per Videoschleife. In Richtung des Koalitionspartners von der SPD betonte er: „Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren.“ Die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Grundrente ist für diesen Freitag geplant. Brinkhaus sagte, essenziell für die Unionsfraktion sei zudem, dass die vereinbarte Bedarfsprüfung stattfinde. Auch da hätten Arbeitsminister Hubertus Heil und

Finanzminister Olaf Scholz (beide SPD) noch nicht geliefert. Die Union habe der SPD sehr klar gemacht, "dass es keinen Automatismus gibt nach dem Motto: Jetzt ist die erste Lesung, jetzt müssen wir auch mal fertig werden. Und administrativ arbeiten wir dann in der zweiten Jahreshälfte nach."

Quelle: [RND](#)

15. **Afrikas Kampf gegen Corona lässt andere Krankheiten wiederkehren**

Durch die Konzentrierung der Kräfte auf das Coronavirus zeichnet sich eine Verdoppelung der Malaria-Fälle in den nächsten Jahren ab, auch das Poliovirus kommt wieder

Mit unter 70.000 Infektions- und weniger als 2.400 dokumentierten Todesfällen hat Afrika die volle Wucht der Corona-Pandemie bislang noch nicht zu spüren bekommen. Schon heute deutet sich allerdings an, dass dem empfindlichen Erdteil die indirekten Folgen der Infektionswelle noch gefährlicher als die direkten werden könnten. Die derzeitige Kräftekonzentration auf den Anti-Corona-Kampf drohe die Beschäftigung mit anderen Epidemien in den Hintergrund zu drängen, warnen Experten. So sterben derzeit jährlich rund 380.000 Afrikaner an Malaria - eine Zahl, die sich im kommenden Jahr verdoppeln könnte, teilte die Afrika-Direktorin der Weltgesundheitsorganisation, Matshidiso Moeti, kürzlich mit. Malaria ist nur eine von zahlreichen epidemisch auftretenden Krankheiten, mit denen der Erdteil konfrontiert ist: Masern, Pocken, HIV/Aids, Lassafieber und Ebola heißen einige der anderen.

Quelle: [der Standard](#)

16. **Was will Washington mit Schuldzuschiebung auf China verheimlichen?**

Es ist wirklich erstaunlich, dass im Weißen Haus kontinuierlich Infektionsfälle auftreten. Dennoch bemühen sich einige US-Politiker, angeführt von Außenminister Mike Pompeo, noch immer nicht darum, die Pandemie zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil attackieren sie China rücksichtslos. Sie werfen der Volksrepublik unbegründet die Verheimlichung von Tatsachen vor, wodurch rechtzeitige Reaktionen weltweit verhindert worden seien. Sie behaupten, dass es zahlreiche Beweise gebe, dass das neuartige Coronavirus aus einem Labor in Wuhan stamme. Anschließend erklären sie, man wisse derzeit noch nicht, woher das Virus gekommen sei und wie es sich verbreite.

Die US-Zeitung „Washington Post“ kommentierte, die falschen Behauptungen Pompeos seien „ein Symbol des Amtsmissbrauchs und der Unaufrichtigkeit“ der US-Außenpolitik. So würden die USA weltweit „noch mehr missachtet“ und ihr Einfluss „noch weiter geschwächt“.

Der US-amerikanische Fernsehsender CNN hat vor kurzem Forschungsergebnisse der University College London veröffentlicht, denen zufolge der Startzeitpunkt der

Verbreitung des neuartigen Coronavirus in Europa und den USA mehrere Wochen oder sogar Monate früher war, als offiziell bekanntgegeben. Der Bürgermeister der Stadt Belleville im US-Bundesstaat New Jersey, Michael Melham, hat vor kurzem entdeckt, dass er Antikörper gegen das neuartige Coronavirus besitzt. Er vermutete, dass er sich im November 2019 mit dem Virus angesteckt habe. Zu dem Zeitpunkt brach eine Grippewelle in den USA aus, von der mindestens 32 Millionen Menschen betroffen waren. 18.000 US-Amerikaner starben.

Eric Topol, Experte des US-amerikanischen Forschungsinstituts Scripps Research, fragte in einem Interview mit der „Washington Post“: „Wie viele COVID-19-Patienten gibt es, die fälschlicherweise als Grippe- oder Lungenentzündungs-Patienten diagnostiziert worden sind?“

Angesichts der kritischen Situation von COVID-19 müssen die USA der Welt eine klare Antwort geben!

Quelle: [CRI online](#)

dazu: US-Politiker sind schuld an COVID-19

„Die US-Spitzenpolitiker müssen die Verantwortung nicht nur für den Tod der eigenen Bevölkerung, sondern auch für den anderer Bevölkerungen der Welt tragen.“ So kritisierte der renommierte US-Experte Noam Chomsky vor kurzem in einem Interview die US-Administration.

Die Worte treffen zu: Wegen Fehltritten und Versäumnissen einiger US-Politiker ist die Zahl der Toten mit dem neuartigen Coronavirus in den USA drastisch gestiegen. Es hat auch dazu geführt, dass sich die Epidemie weltweit ausbreitet. Auch stehen diese Politiker der internationalen Zusammenarbeit bei der Epidemiekontrolle im Wege, indem sie beispielsweise die Schuld auf Andere abwälzen, die medizinischen Güter anderer Staaten „abfangen“, die US-Beitragszahlungen an die WHO stoppen und andere Staaten bei der Entwicklung eines Impfstoffes unterdrücken. In diesem Sinne sind sie Unruhestifter im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie geworden.

Quelle: [CRI online](#)

17. Kabarettist Christoph Sieber: „Für mich kommt ein Auftritt vor Autos nicht in Frage“

Christoph Sieber hat in der ZDF-Latenight-Show „Mann, Sieber!“ die Situation von Kulturschaffenden thematisiert, die durch die Corona-Krise quasi ein Auftrittsverbot hätten. Das betreffe zahlreiche Jobs, auch die Leiter der kleinen Theater: „Die stehen vor dem Nichts“, sagte Sieber im Dlf.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

dazu: Helge Schneider kündigt Abschied an

Der Komödiant und Schauspieler Helge Schneider rechnet damit, dass er wegen Corona nicht mehr auftreten könnte.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

18. Zu guter Letzt: No comment

